Voran, nicht raus!

Großbritannien sollte sich an die Spitze einer EU-Reformagenda stellen.

Kann Großbritannien sich jemals mit dem Gedanken anfreunden, Teil von Europa zu sein? Wenn man sich die aktuellen Schlagzeilen in Großbritannien über das Referendum am 23. Juni über den Verbleib in der Europäischen Union anschaut, scheint die Antwort ein entschiedenes „Nein“ zu sein.

Die Austrittbefürworter setzen auf die Angst vor unkontrollierter Einwanderung und vielen anderen vermeintlichen Gefahren für den britischen Lebensstil – ob sie nun durch Bomben oder durch Boote entstehen. Ihre Gegner, die wollen, dass Großbritannien ein Teil von Europa bleibt, heben auf ein anderes Risiko ab: den Verlust jener Arbeitsplätze, die vom Handel mit Europa abhängen.

Das unablässige Parolenschwingen rund um diese Themen hat unterschiedliche Weltanschauungen offenbart: Die Rhetorik der EU-Gegner beschwört den Geist von Dünkirchen des Jahres 1940: eine eigenständige Nation, die Armadas und Armeen die Stirn bietet und immer auf kämpferische Art unabhängig von Europa ist.

Theoretisch steht die Kampagne der EU-Befürworter für ein anderes Großbritannien: offen, engagiert und international gesinnt. Aber die Tories sind bei diesem Thema tief gespalten, und viele ihrer prominentesten Sprecher sind im Feuer europafeindlicher Medien weich geworden. Daher treten sie oft für eine halbherzige Beziehung zu Europa ein – für ein Land, das sich nicht voll engagiert, sondern in der Schwebe bleibt. Ein positives, prinzipientreues und fortschrittliches Engagement für die Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU muss erst noch entstehen.

Die schärfsten Pfeile im Köcher derjenigen, die wollen, dass Großbritannien in Europa bleibt, sind positive Argumente. Um die Bedürfnisse und Hoffnungen der Briten im 21. Jahrhundert zu erfüllen, müssen wir die Vergangenheit loslassen und akzeptieren, dass die Gegenwart durch Globalisierung bestimmt und die Zukunft voller neuer

Möglichkeiten ist. Aufgrund unserer zunehmenden Interdependenz brauchen wir stärkere internationale Zusammenarbeit und Koordinierung, und genau dies bietet die EU.

Da die Austrittsbefürworter die Globalisierung als Last sehen, suchen sie nach Schutz davor und fordern die „Kontrolle“ zurück.

Da die Austrittsbefürworter die Globalisierung als Last sehen, suchen sie nach Schutz davor und fordern die „Kontrolle“ zurück. Eine aktuelle, aber nicht notwendigerweise repräsentative Umfrage ergab, dass 43 Prozent derjenigen, die auf jeden Fall zur Abstimmung gehen, dafür sind, ihrem Land durch das Verlassen der EU die Kontrolle zurückzugeben – selbst wenn sie finanzielle Nachteile dadurch haben. Nur 23 Prozent waren dagegen.

Zufällige Beobachter könnten denken, ein nationaler Konsens über eine europäische Zukunft nach der Wahl sei unmöglich zu erreichen. Aber es gibt einen Weg. Zuerst müssen wir erkennen, dass in einer immer stärker integrierten und interdependenten Welt jedes Land eine Balance zwischen der gewünschten nationalen Autonomie und der nötigen internationalen Zusammenarbeit finden muss.

Großbritannien sollte sich nicht zwischen schwarz oder weiß entscheiden müssen: zwischen totaler Autonomie, die die Notwendigkeit zur Zusammenarbeit mit unseren direkten Nachbarn leugnet, oder völliger Integration in einen europäischen Superstaat, der die weiterhin bestehende Bedeutung nationaler Identität und Entscheidungsfindung außer Acht lässt.

Für all diese Themen gibt es Lösungen, die sowohl Großbritannien als auch Europa wettbewerbsfähiger, demokratischer und rechenschaftspflichtiger machen werden. Können wir zeigen, dass Chancengleichheit, Fairness und Sicherheit in Europa verbessert werden können – und dass wir uns stolz an die Spitze einer EU-Reformagenda stellen können – dann würde vielleicht ein britischer Konsens entstehen.

Blicken wir auf die Wirtschaft: Durch eine Balance zwischen Autonomie und Zusammenarbeit könnte Großbritannien in den nächsten zehn Jahren 500 000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Da das Land sich dem Euro nicht angeschlossen hat, kann es seine Zinssätze weiterhin selbst festlegen, aber die Integration in den europäischen Binnenmarkt hat zu klaren Wachstums- und Beschäftigungsvorteilen geführt. Würde sich Großbritannien an die Spitze der Bemühungen um gleiche Wettbewerbsbedingungen für den Digital-, Energie- und Dienstleistungssektor stellen, könnte dies zu stärkerer

Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa führen.

Großbritannien sollte sich für eine europäische Agenda einsetzen, die sich den Themen Energieeffizienz, faire Besteuerung und Sicherheit widmet.

Wirtschaftliche Reformen sind nur der Anfang. Großbritannien könnte und sollte sich für eine Agenda einsetzen, die sich den Themen Energieeffizienz (durch eine Energie- und Umweltunion), faire Besteuerung (durch einen Plan gegen Steueroasen) und Sicherheit (durch verstärkte Zusammenarbeit der Geheimdienste gegen Terrorismus und illegale Einwanderung) widmet.

Der britische Plan für ein reformiertes Europa muss mutig und weitsichtig sein, die soziale Dimension des Binnenmarkts berücksichtigen und die paneuropäische Zusammenarbeit in der Forschung vertiefen. Indem wir die Tatsache akzeptieren, dass wir durch Zusammenarbeit mehr erreichen können als durch Isolation, könnte sich ein solcher Plan zur Agenda für die britische EU-Präsidentschaft des Jahres 2017 entwickeln und zu einer Ära stärkeren grenzübergreifenden Engagements führen.

Diese Zeit, in der Großbritannien die Führung übernimmt, könnten wir auch dazu nutzen, uns für einen kooperativeren Ansatz in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und bei der Konfliktbewältigung einzusetzen, was einen modernen Marshall-Plan für Nordafrika und den Nahen Osten unter europäischer Leitung einschließen könnte.

Großbritannien hat jetzt die Chance, bei der Gestaltung der nächsten Stufe der Entwicklung Europas vorn mit dabei zu sein. Im letzten halben Jahrhundert des Postimperialismus hat sich Großbritannien bemüht, eine Rolle zu finden, die zur Gestaltung unseres Schicksals passt. Durch aktives Engagement in Europa können wir zeigen, dass wir mehr sind als die eine Hälfte einer „Special Relationship“ mit Amerika, mehr als ein Achtundzwanzigstel der NATO und viel mehr als lediglich ein einzelnes Mitglied einer immer größer werdenden EU. Am 23. Juni sollten wir uns dazu bekennen, dass Großbritanniens Zukunft darin liegt, Europa anzuführen, und nicht, es zu verlassen.

Copyright Project Syndicate



Gordon Brown
London

Gordon Brown war von 2007 bis 2010 Premierminister von Großbritannien und Vorsitzender der Labour Party. Zuvor war er über zehn Jahre Schatzkanzler in der Regierung von Tony Blair. Derzeit ist er Sonderbeauftragter der Vereinten Nationen für globale Bildung.

4 LESERBRIEFE

andromeda schrieb am 21.06.2016

Lieber England fuhrt Europa als Deuschland

Gesa Vogler schrieb am 21.06.2016

Genau das ist es , was wir brauchen : die Perspektive einer Englischen Führungsrolle , die den Brüsseler Dschungel durchleuchtet und speziell die Kommissare entmachtet .

los patos schrieb am 07.08.2016

England ist nicht interessiert an einer führungsrolle ;

england interessiert nur eines : business

---

los patos schrieb am 23.12.2016

---

die idee, gb die führungsrolle in der eu zu überlassen, ist verlockend und würde auch funktionieren. allerdings : wer würde sich dagegen sträuben ; nicht zuletzt Deutschland mit seinem versteckt gehaltenen Herrschaftsanspruch. Europa - du hast noch einen steinigen weg vor dir, ich wünsche dir nur das beste.

Man beachte : action speaks louder than words !
